

Widersprüche zur Energiewende –

Mr. Blackout: „Der totale Irrsinn wirtschaftlich“

Das Wirtschaftsministerium legte mit dem neuen Energiewende-Monitoringbericht auch einen Zehn-Punkte-Plan vor. Energieexperte Stefan Spiegelsperger sieht darin nötige Einsichten – aber auch Widersprüche.

Maurice Forgeng

Auf den kürzlich veröffentlichten Monitoringbericht zur deutschen Energiewende hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) reagiert. In dem offiziellen Dokument „Klimaneutral werden – wettbewerbsfähig bleiben“ zieht die Staatsbehörde Bilanz zu den elementaren Aspekten Strombedarf, Versorgungssicherheit und weiterer Ausbau der „erneuerbaren“ Energien.

Dieses Dokument sorgt jedoch bei Fachleuten für Verwunderung. So äußerte der Energieexperte Stefan Spiegelsperger dazu: „Was da auch drin steht, widerspricht sich [teilweise]. Das ist wie schizophren.“ In einem Video erklärt der als „Mr. Blackout“ bekannte YouTuber mehrere Widersprüche. Enthalten in dem Dokument ist zudem ein Zehn-Punkte-Plan für weitere Maßnahmen zur Energiepolitik.

„Der Strom reicht nicht“

Im ersten Absatz teilt das BMWE mit: „Eine ehrliche Bestandsaufnahme ist unumgänglich.“ Der Umbau unseres Energieversorgungssystems „hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung“ berge allerdings „komplexe Herausforderungen“. Es tangiere Aspekte wie „Kosteneffizienz, Versorgungssicherheit und internationale Wettbewerbsfähigkeit“. Im Folgenden schreibt das Ministerium: „Vor allem weist dieses Monitoring auf eklatante Leerstellen in den vorhandenen Zukunftsszenarien für die Energiewende hin.“ Spiegelsperger übersetzte dies mit der Anmerkung: „Der Strom reicht nicht.“ Tatsächlich zeigt die Simulation des Portals „Energy Charts“ des Fraunhofer-Instituts ISE diese „eklatanten Leerstellen“ auf. Deutlich wird dies in einem Szenario mit den Kraftwerksausbauzielen für 2035 und einem von der Bundesnetzagentur geschätzten Jahresstromverbrauch von 941 Terawattstunden, wenn man eine Woche mit wenig Wind und Sonnenlicht zugrunde legt.

Beispielhaft dafür ist die Dunkelflaute, wie sie sich vom 11. bis 14. Dezember 2024 hierzulande ereignete. Die Grafik zeigt an, dass in diesem Fall rund 116 Gigawatt (GW) an

elektrischer Leistung fehlen. Das entspricht rund 85 Prozent des prognostizierten Bedarfs.

„Hellbrise“ und „Dunkelflaute“ bestätigt

Die Ausrichtung unserer Stromversorgung auf wetterabhängige Kraftwerke führte zu den Begriffen „Hellbrise“ und „Dunkelflaute“. Das Ministerium erklärt diese Phänomene mit folgendem Satz: „Die installierte Leistung aus Solar und Wind reicht heute phasenweise weit über den realen Bedarf hinaus, während zu Zeiten mit wenig Wind und wenig Sonne die Versorgungslücke nur durch fossile Erzeuger oder Importe geschlossen werden kann.“ Weiter heißt es: „Photovoltaikanlagen und Windkraftträder produzieren nur, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Da der Strom aber unabhängig davon immer gebraucht wird, reichen die ‚erneuerbaren‘ Energien allein nicht aus – das Resultat sind hohe Investitionen in das gesamte Stromsystem, vor allem in Infrastruktur, Speicher, Netzausbau und Backup-Kapazitäten, die für eine verlässliche Stromversorgung erforderlich sind.“ Der Energieexperte unterstreicht diese Erkenntnisse und zeigt sich froh, dass das Ministerium sie in dem Dokument benennt.

„Sonne und Wind sind nicht kostenlos“

Ebenso schreibt das BMWF: „Insbesondere ist der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit von Industrie, Gewerbe und Haushalten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden.“ Hierzu bemerkte Spiegelsperger, dass Sonne und Wind nicht kostenlos sind, sondern viel Geld kosten würden. Das bestätigt auch das Ministerium selbst: „Die Annahme, dass Strom aus erneuerbaren Energien praktisch zum Nulltarif zur Verfügung gestellt werden kann, ist bei Berücksichtigung des Gesamtsystems falsch – durch diese verkürzte Sichtweise entstehen enorme wirtschaftliche Risiken.“ Das erklärt sich mit den vielen zusätzlichen Kostenpunkten durch die Energiewende. Hierzu zählen die Kosten für den massiven Netzausbau, die Einspeisevergütungszahlungen über das EEG-Konto („Erneuerbare“-Energien-Gesetz), höhere Redispatchkosten und Ausgleichszahlungen für nicht eingespeisten Strom.

Spiegelsperger sagte: „Wind und Sonne stellen zwar keine Rechnung, die Betreiber machen das aber. Die Integration kostet noch viel mehr.“ Das BMWF-Dokument weist zudem darauf hin, dass „all diese Kosten unser Energiesystem verteuern“. Sie „müssen letztlich von Verbrauchern und Unternehmen über die Stromrechnung bezahlt werden“.

Erst Verschwörungstheorie, jetzt Realität?

Auch der Staat selbst ist zum Handeln aufgefordert. Er wiederum müsse „beim Versuch, soziale Tragfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, in immer höherem Umfang aus Haushaltsmitteln gegensteuern“. Spiegelsperger merkte an, dass das bisher als „Verschwörungstheorie“ gegolten habe. „Dieses Mal ganz offiziell vom

Bundesministerium.“ Der Energieexperte habe ebenso auf folgenden Punkt in den vergangenen Jahren häufig hingewiesen. Das BMWF schreibt: „ Eine weitere Folge der ungesteuerten Stromproduktion der ‚erneuerbaren‘ Energien sind teure Überschüsse, die – häufig subventioniert – ins Ausland exportiert werden, während für die Verbraucher und Unternehmen im Inland die Preise und die Unsicherheit steigen.“ Durch zu hohes Stromangebot entstehen immer häufiger Minuspreise an der Strombörse, doch die deutschen Verbraucher zahlen Rekordpreise. Hierzu erwähnt das BMWF: „ Heute belasten die Energiepreise den Produktionsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb – Industrie wie Mittelstand.“ „Das ist die Realität, die wir seit Jahren erklären, wo uns aber gesagt wird, es ist eine Verschwörungstheorie“, kommentierte Spiegelsperger.

Teurer Kraftwerkstausch

Das BMWF erkannte bei der Energiewende die Gefahr von „überstürzten Umstellungen und zu komplexen Regulierungsmechanismen“. Dadurch drohe „die Versorgungssicherheit – eine der größten Errungenschaften der deutschen Industriegeschichte – [...] ins Hintertreffen zu geraten“.

Den Ausstieg aus der Kernenergie und das schrittweise Abschalten der Kohleverstromung bis 2038 bezeichnete das Ministerium als „ambitioniert“. Um die Versorgungssicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten, müssten „stabile, verlässliche Grundlastkraftwerke [...] als Rückgrat der Versorgung neu aufgebaut werden – allen voran durch moderne Gaskraftwerke“.

Bis 2035 liege der Zusatzbedarf laut der Bundesnetzagentur bei bis zu 35,5 GW. Das entspricht 118 durchschnittlichen Gaskraftwerken, was bedeutet, dass schon ab jetzt etwa jeden Monat eine neue Anlage in Betrieb gehen müsste.

Spiegelsperger sagte dazu: „Es ist wirtschaftlich der totale Irrsinn, dass man Atom- und Kohlekraftwerke abschaltet und diese jetzt durch Gaskraftwerke ersetzt – für Milliarden von Euro.“

Neuausrichtung – oder doch ein „weiter so“?

Eine Textstelle im Dokument verwundert den Energieexperten jedoch. In einem Absatz fordert das BMWF eine Neuausrichtung der Energiewende mit Pragmatismus, marktwirtschaftlicher Rationalität, Innovationsfreundlichkeit und breiter Technologieoffenheit. Dort steht aber gleichzeitig: „Dies ausdrücklich vor dem Hintergrund, dass wir die erneuerbaren Energien weiter ausbauen werden.“ Hierzu meinte Spiegelsperger: „ Der ganze Text erklärt uns: ‚so wie jetzt geht es nicht weiter‘. Aber dann kommen solche Sätze, die sagen: ‚wir machen genauso weiter!‘“ Nach kurzer

Pause fügte er hinzu: „Die Logik soll einer verstehen.“ Auch im ersten Punkt des Zehn-Punkte- Plans verkündete das Ministerium: „Wir bauen nur so viel zu, wie wir tatsächlich brauchen und es ökonomisch effizient ist. Wir vermeiden so ineffiziente Überkapazitäten.“ Aus Sicht von Spiegelsperger bedeute dies ein sofortiger Stopp des Windkraftausbaus im Norden Deutschlands und ein Ausbaustopp der Photovoltaik im Süden. „Beides haben wir bereits zu viel in diesen Gebieten. Das ist das, was hier steht“, sagte er.

Kostenanalyse noch nicht möglich?

Gleichzeitig gibt das Ministerium zu, dass der „Finanzbedarf für die Unterstützung der Transformation noch nicht belastbar berechnet worden“ ist. „Unglaublich“, kommentierte der YouTuber. Nach 25 Jahren Energiewende habe die Regierung nicht nachgerechnet, „was das eigentlich kostet“.

Die Ministeriums aussage zur Ermittlung der Kosten für die Energiewende machte den YouTuber kurz fassungslos. Laut dem Dokument „fehlen noch die notwendigen kalkulatorischen Grundlagen“, um eine „volkswirtschaftliche Gesamtkostenanalyse des Energiesystems“ zu erstellen.

Spiegelsperger sagte: „ Ich kann es hochrechnen, zumindest grob, und die nicht? Das ist lange möglich.“ So hat unter anderem erst kürzlich eine Studie von Frontier Economics für die Deutsche Industrie- und Handwerkskammer Zahlen ermittelt. Demnach könne die Energiewende Deutschland 4,8 bis 5,4 Billionen Euro von jetzt an bis zum Jahr 2049 kosten.

Die Erstellung einer solchen Analyse ist nach Aussage des BMWI „erforderlich, um vollständige Transparenz für die Entscheidungsfindung herbeizuführen“. Daher kündigte das Ministerium an, diese Analyse „als Folgearbeit unmittelbar in Angriff“ zu nehmen.

Foto: Reinhard Krull/iStock, Bildmontage: Epoch Times

Stefan Spiegelsperger bewertet die Aussage des Wirtschaftsministeriums zum Stand der deutschen Energiewende.

Der ganze Text erklärt uns: „so wie jetzt geht es nicht weiter“. Aber dann kommen solche Sätze, die sagen: „wir machen genauso weiter“.

Stefan Spiegelsperger

Vor allem weist dieses Monitoring auf eklatante Leerstellen in den vorhandenen Zukunftsszenarien für die Energiewende hin.

Monitoringbericht

